

einem solchen Standpunkt ist auch eine Reihe von Urteilen zuzuschreiben, die deutliche Parteinahme verraten, so etwa, wenn bei der Freizeitgestaltung eine Überlegenheit des Sozialismus festgestellt (S. 243) oder wenn der Widerstand Bürgerlicher gegen Enteignung als Obstruktion bezeichnet wird (S. 324). Die Fälle ließen sich beliebig vermehren. Trotz der hier methodisch, sachlich und im Wertebereich vorgebrachten Kritik muß das Buch als eine wichtige Veröffentlichung auf dem Gebiet des Systemvergleichs gelten, nicht nur deshalb, weil es eine enorme Materialfülle verarbeitet und methodisch neue Wege gegangen ist, sondern weil eine Fülle von Anregungen, gerade auch solche, die zum Widerspruch reizen, darin enthalten ist.

Münster i. W.

Friedrich Haffner

Karl-Eugen Wädekin: Sozialistische Agrarpolitik in Osteuropa. II. Entwicklung und Probleme 1960—1976. (Osteuropastudien der Hochschulen des Landes Hessen, Reihe I; Gießener Abhandlungen zur Agrar- und Wirtschaftsforschung des europäischen Ostens, Bd 67.) In Komm. bei Duncker & Humblot. Berlin 1978. 338 S., 34 Tab. i. T., engl. Zusfass.

Bei dem hier zu besprechenden Werk handelt es sich um den zweiten Band einer umfassenden Abhandlung des Vfs. über „Sozialistische Agrarpolitik in Osteuropa“. Der 1974 unter dem Titel „Von Marx bis zur Vollkollektivierung“ erschienene erste Band brachte eine nach Ländern gegliederte Darstellung des Kollektivierungsprozesses der Landwirtschaft in den Ostblockstaaten, der — mit Ausnahme Polens und Jugoslawiens — zu Beginn der sechziger Jahre seinen Abschluß fand. Ihm folgt nunmehr ein nach sachlichen Gesichtspunkten unterteilter Vergleich der Entwicklung und Probleme der Landwirtschaft in neun dem „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) angehörenden Ostblockstaaten (sowie Albaniens) im Zeitraum 1960—1976.

In der Einleitung weist der Vf. darauf hin, daß nach erfolgter Sozialisierung der Agrarproduktion eine Schwerpunktverlagerung der Agrarpolitik im Sinne vermehrter Berücksichtigung pragmatisch-ökonomischer Aspekte zu beobachten sei. Das gilt auch für die noch vorwiegend kleinbäuerlich strukturierten Länder Polen und Jugoslawien. Infolge der in allen Mitgliedsländern — mit Ausnahme Ungarns — fortbestehenden Lebensmittelknappheit und des zunehmenden Arbeitskräftemangels in der Landwirtschaft traten Zielsetzungen in den Vordergrund wie: Steigerung der Agrarproduktion, Industrialisierung und Spezialisierung der Landwirtschaft und Beseitigung des materiellen und kulturellen Stadt-Land-Gefälles. Die zunächst zu diesem Zweck getroffenen Maßnahmen, nämlich: vermehrte Investitionen, Erhöhung der Erzeugerpreise und Landarbeiterlöhne sowie Verbesserung der Infrastruktur auf dem Lande, wurden im Verlauf der siebziger Jahre abgelöst durch das Konzept der „agrar-industriellen Kooperation und Integration“.

Die folgenden neun Kapitel bringen dann alle wesentlichen, die Organisation sowie Aufwand und Ertrag der Landwirtschaft betreffenden Kennwerte unter besonderer Berücksichtigung der zwischen den einzelnen Mitgliedsländern bestehenden Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Global betrachtet lassen sich drei Ländergruppen gegeneinander abgrenzen (Summary, S. 337): 1) hoch-industrialisierte Staaten (DDR und ČSSR), 2) eine intermediäre Ländergruppe (Polen und Ungarn), 3) Länder am Anfang der Industrialisierung (UdSSR und

Balkanstaaten). Nimmt man die Daten über die prozentualen Anteile der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen (Tab. 15), über die Struktur des Nahrungsmittelverbrauchs (Tab. 6 u. 7) sowie die Höhe des Bruttosozialproduktes je Kopf der Bevölkerung (S. 139) als typische Einteilungskriterien, ergeben sich allerdings Zweifel, ob die Sowjetunion der dritten Gruppe zuzuordnen ist, wie der Vf. es auf Grund ihrer geringen Bevölkerungsdichte (Tab. 15) tut; hiernach gehört sie offensichtlich zur zweiten Ländergruppe. Obwohl in sämtlichen Ostblockstaaten die drei üblichen Formen des Bodenbesitzes zu finden sind — nämlich: staatliche (Sowchosen), genossenschaftliche (Kolchosen bzw. LPG) und private (bäuerliche) Betriebe —, ist ihre Bedeutung und Gestaltung in den einzelnen Ländern sehr verschieden; so befanden sich 1976 in Polen und Jugoslawien noch über 80 v. H., in der DDR und ČSSR weniger als 10 v. H., in der Sowjetunion nur 1,4 v. H. der Nutzfläche in Einzelbewirtschaftung (Kap. I). Obwohl die Überschrift des zweiten Kapitels eine „Gruppierung der Länder nach der Intensität der Bewirtschaftung“ verspricht, sind die zu diesem Zweck angeführten Hektarerträge (Tab. 3) kaum geeignet, hierüber Auskunft zu geben, da ihre Höhe weitgehend von den natürlichen Ertragsbedingungen abhängt, so daß z. B. bei Getreide Bulgarien und Ungarn, bei Kartoffeln Polen an erster Stelle rangieren, während der Milchertrag je Kuh dagegen mit fast 3 500 l in der DDR am höchsten, mit 1 360 l in Jugoslawien am niedrigsten liegt.

Trotz noch bestehender Unterschiede im Nahrungsmittelverbrauch hat sich die Versorgungslage im Untersuchungszeitraum allgemein wesentlich verbessert, wobei sich — infolge zunehmender Kaufkraft der Bevölkerung — der Konsum von Getreide und Kartoffeln zu den höherwertigen Lebensmitteln wie tierischem Eiweiß und Fett sowie Obst und Gemüse verlagert. Das gleichzeitige Ansteigen der Getreideimporte (Tab. 24) ist auf den steigenden Kraftfutterbedarf der im Vergleich zu westlichen Betrieben relativ aufwendigen Veredlungswirtschaft zurückzuführen (Kap. III).

Die Analyse des Arbeitseinsatzes und der Arbeitsproduktivität (Kap. IV) läßt die Unzulänglichkeit östlicher Statistik erkennen, die nicht einmal einen Vergleich der Mitgliedsländer untereinander erlaubt — geschweige denn einen mit westlichen Ländern! Als Ergebnis ist jedoch festzustellen, daß trotz fortschreitender Abwanderung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft (ihr Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in den RGW-Staaten ging von 42,4 v. H. 1960 auf 23,9 v. H. 1975 zurück) der Arbeitskräftebesatz in den einzelnen Ländern zwar unterschiedlich, allgemein aber immer noch recht hoch und die Arbeitsproduktivität dementsprechend niedrig ist. Der wiederholt aufgetretene regionale und jahreszeitliche Arbeitskräftemangel erklärt sich aus Unzulänglichkeiten der Mechanisierung und Kapitalausstattung der landwirtschaftlichen Betriebe, da die vermehrte Investitionstätigkeit seit Mitte der sechziger Jahre das Anlagevermögen zwar erhöht hat, die Effizienz des Kapitaleinsatzes aber infolge der zunehmenden materiellen Produktionskosten nur gering war, zumal einem rationellen Betriebsmitteleinsatz häufig durch mangelnde Leistungsfähigkeit der staatlichen Industrie enge Grenzen gesetzt sind.

Die Bedeutung des Agrarsektors im Rahmen der Gesamtwirtschaft (Kap. V) wird an Hand der Außenhandelsstatistik sowie durch Daten über den Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der Gesamtzahl der Beschäftigten, am Nationaleinkommen, am Anlagevermögen und an den Bruttoinvestitionen veranschaulicht. Daraus wird deutlich, daß die Landwirtschaft, die bis 1970 als

Kapitalquelle für die Industrialisierung fungieren mußte, seither durch Kapitaltransfer begünstigt wird. Das war vor allem den Reformen der Preis- und Einkommenspolitik zu danken, die angesichts der zunehmenden Abwanderung aus der Landwirtschaft vor allem die Entlohnung der Arbeitskräfte in den LPG bzw. Kolchosen, welche bislang nur durch zusätzliche private Bodennutzung und Viehhaltung einen ausreichenden Lebensunterhalt erzielen konnten, derjenigen der Staatsgüter und damit auch dem Einkommensniveau anderer Wirtschaftssektoren angenähert haben. Gleichzeitig wurde der Naturalanteil an der Arbeitsvergütung verringert und die Sozialversicherung auch für LPG-Mitglieder eingeführt (Kap. VI). Die Preispolitik brachte nicht nur eine allgemeine Niveauehebung, sondern auch Verschiebungen der Preisrelation zugunsten der tierischen Veredelungsproduktion, um den tatsächlichen Preis-Kostenverhältnissen besser Rechnung zu tragen. Neben dem Absatz zu administrativ festgesetzten Preisen sind sog. „freie“ Märkte als „ökonomische Barometer“ auch weiterhin zugelassen. Mit Hilfe staatlicher Subventionen werden Rückwirkungen der Erzeugerpreiserhöhungen auf das Verbraucherpreisniveau weitgehend kompensiert.

Das siebente Kapitel befaßt sich mit den Reformen der Wirtschaftsplanung und -verwaltung, die ebenfalls durch Lebensmittelknappheit und Landarbeitermangel erzwungen wurden. Sie bestanden in den sechziger Jahren vor allem in einer Lockerung und Dezentralisierung des Planungssystems, Schaffung von Produktionsvereinigungen kooperierender Agrarbetriebe und deren Zusammenarbeit mit der Verarbeitungsindustrie auf Vertragsbasis als Grundlage für eine weitergehende Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion. Um eine Planung und Lenkung nach ökonomischen Gesichtspunkten zu ermöglichen, wurde eine nach Bodenqualität gestaffelte Grundsteuer zur Erfassung der Differentialrente eingeführt (nur die UdSSR blieb beim Abschöpfungssystem regional gestaffelter Erzeugerpreise). Experimente mit langfristigen Planungsmethoden — wie die zuerst in der DDR aufgestellten Perspektivpläne, das RGW-Komplexprogramm von 1971 oder die „Prognosen der sozialökonomischen Entwicklung“ — haben trotz einheitlicher Grundsätze und Zielhorizonte für alle RGW-Länder die Unterschiede der Planungspraxis eher noch verstärkt.

Da die institutionellen Reformen ihr Hauptziel, die (wachsende) Nachfrage nach Nahrungsgütern zu befriedigen und den Agrarimport aus dem Westen zu vermindern, nicht erreichten, sucht die osteuropäische Agrarpolitik seit den siebziger Jahren einen Ausweg in der Modernisierung des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses durch „agrar-industrielle Kooperation und Integration“. Dabei ist unter „Kooperation“ die Zusammenarbeit weiterhin selbständig bleibender Betriebseinheiten und unter „Integration“ deren Verschmelzung zu neuen Gesamtunternehmen zu verstehen (Kap. VIII). Durch Bildung von „Agrar-Industrie-Komplexen“ soll die Isolierung der Landwirtschaft von den übrigen, weiter fortgeschrittenen Wirtschaftsbereichen überwunden, die Spezialisierung und Modernisierung der Agrarproduktion sowie die Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte in den Agrarbetrieben auch in Zeiten geringeren Arbeitsanfalls erreicht werden. Neben einer Kostensenkung erhofft man sich davon erhöhte Produktion, Ausgleich der gesellschaftlichen Einkommensunterschiede sowie verbesserte Planungsmöglichkeiten bei verringerter Zahl der Wirtschaftseinheiten. Von allen RGW-Staaten hat Bulgarien die Integration am weitesten vorangetrieben und bereits 1976 seine gesamte Landwirtschaft in nur 156 Agrar-Industrie-Komplexen zusammengefaßt, während in den übrigen Mitgliedsländern derartige Entwicklungen erst in Ansätzen erkennbar sind.

Noch größere Hindernisse und geringere Erfolge ergaben die Versuche einer supranationalen Zusammenarbeit und Integration der Agrarwirtschaften der Ostblockländer im Rahmen des RGW. Als Integrator fungiert dessen „Ständige Kommission für Landwirtschaft“, die in Sofia ihren Sitz hat und Herausgeber der in allen Sprachen der Mitgliedsländer veröffentlichten „Internationalen Zeitschrift der Landwirtschaft“ ist (Kap. IX). Trotz programmatischer Beschlüsse zur Zusammenarbeit in der Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie beschränkte sie sich bisher im wesentlichen auf Koordinationsmaßnahmen in der agrarwissenschaftlichen Forschung, die Verbreitung von Neuzüchtungen ertragreicher Getreidesorten und Vergleichsprüfungen von Landmaschinen. Selbst den Versuchen einer Plankoordination blieb — wie bereits erwähnt — jeder Einfluß auf die in den Einzelstaaten durchgeführten Planungen versagt. Als Gründe für diesen Mißerfolg werden angeführt: Furcht vor der durch Spezialisierung bedingten Abhängigkeit, Unterschiede des Entwicklungsniveaus, transporttechnische Hindernisse, uneinheitliche Preis- und Wechselkursrelationen, die Bevorzugung westlicher Hartwährungsländer beim Absatz von Überschüssen sowie schließlich die mit dem staatlichen Außenhandelsmonopol zusammenhängenden Komplikationen. Das Fehlen ökonomischer Maßstäbe bedingt den überwiegend administrativen Charakter aller bisherigen Integrationsbemühungen, die auf landwirtschaftlichem Gebiet hauptsächlich auf bilaterale Kooperationsbeziehungen beschränkt blieben.

In seiner Untersuchung unterbreitet der Vf. eine Fülle von Informationen und statistischen Daten, deren Herkunft in über 500 Fußnoten nachgewiesen wird (sie ersetzen die sonst übliche gesonderte Bibliographie). Wichtigste Quellen sind die Publikationen des RGW und der FAO (Food and Agriculture Organization = Fachorganisation der UNO für Ernährung, Landwirtschaft und Forstwesen). Bei allem Vorbehalt gegenüber der Unzulänglichkeit und mangelhaften Vergleichbarkeit der verfügbaren Unterlagen ist es ihm gelungen, einen umfassenden und z. T. bis in Einzelheiten gehenden Überblick über die Lage der Landwirtschaft in den Ostblockländern und deren Agrarpolitik während der letzten beiden Jahrzehnte zu bieten, der jedem an der Entwicklung der Agrarverhältnisse in sozialistischen Volkswirtschaften Interessierten als zuverlässige Informationsquelle willkommen sein wird, zumal ein Tabellenverzeichnis sowie das beide Bände umfassende Sachregister das Auffinden gewünschter Auskunft erleichtern.

München-Weihenstephan

Hans-Heinrich Herlemann

Jahrbuch für Regionalgeschichte. 6. Band. Hrsg. von der Historischen Kommission der Sächsischen Akademie der Wissenschaften. Redaktion Karl Czok, Manfred Unger, Hans Walther und Werner Mägedrau. Verlag Hermann Böhlaus Nachf. Weimar 1978. 232 S., 16 Abb. a. Taf.

Der anzuzeigende Band umfaßt sieben Aufsätze, die sich vor allem mit der Landschaft Thüringen befassen: Volker Wahl: Die Anfänge der antifaschistisch-demokratischen Parteien in Thüringen 1945 (S. 7—30); Werner Bramke: Traditionspflege der revolutionären Arbeiter im KPD-Bezirk Berlin-Brandenburg in den Jahren 1924/25 (S. 31—46); Helga Schultz: Landhandwerk in Mecklenburg in der Epoche des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus (S. 47—61); Erich Neuß: Entstehung, Rechtsstellung und Entwicklung